Wege aus der Krise für das ukrainische Bildungswesen

07.11.2013

Am 23. Oktober gab es eine parlamentarische Anhörung zum Thema „Zugänglichkeit und Qualität von Schulbildung: Bestandsaufnahme und Wege zur Verbesserung“. Die Organisatoren der Anhörung, der Ausschuss für Wissenschafts- und Bildungsfragen, hatte mich als Redner eingeladen, doch nach einer Einmischung der Leitung der Werchowna Rada und des Bildungsministeriums wurde mir das Rederecht verwehrt.

Am 23. Oktober gab es eine parlamentarische Anhörung zum Thema „Zugänglichkeit und Qualität von Schulbildung: Bestandsaufnahme und Wege zur Verbesserung“. Die Organisatoren der Anhörung, der Ausschuss für Wissenschafts- und Bildungsfragen, hatte mich als Redner eingeladen, doch nach einer Einmischung der Leitung der Werchowna Rada[1] und des Bildungsministeriums wurde mir das Rederecht verwehrt.

Während der Anhörung versuchte die Regierung, auf manipulative Art und Weise und durch „richtige“ Auswahl der Redner die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass im ukrainischen Schulwesen alles in Ordnung sei. Dabei ist das ganz und gar nicht der Fall! Wer in der Ukraine als Lehrer arbeitet, ist arm, selbst wenn er zwei volle Gehälter bezieht. Arm sind auch die meisten Eltern und Kinder. Das Inventar der Schulen verfällt, Besserung ist nicht in Sicht. Es wundert mich, dass jemand eine objektive Bewertung der Lage des ukrainischen Bildungswesens als persönliche Kritik auffassen kann und sich wohl für den Nabel des ganzen Landes hält. Dabei ist eine ehrliche Einschätzung der Lage Voraussetzung dafür, dass die richtigen Maßnahmen getroffen werden können. Lügen und Propaganda in eigener Sache dagegen führen zu Stillstand.

Der Verein „Öffentlicher Rat der Bildungsschaffenden und Wissenschaftler der Ukraine“ hat seine Vorschläge für einen Weg aus der Krise für das ukrainische Bildungswesen in den Ausschuss eingebracht. Die meisten dieser Vorschläge sind in das Arbeitsdokument der parlamentarischen Anhörung eingeflossen. Der geneigte Leser möge sich außerdem mit meinem zurückgehaltenen Redebeitrag bekannt machen, der die Regierung so geängstigt hat.

Vor einiger Zeit war ich beim Fernsehsender Inter bei einer Talkshow zu Gast, auf der ein Schüler-Eltern-Lehrer-Konflikt thematisiert wurde (Negatives über Schulen zu berichten ist ja bereits Usus). Der Lehrer, der längst das Pensionsalter erreicht hat, arbeitet aus Angst vor den materiellen Konsequenzen des Ruhestands immer noch und verliert dabei langsam die Nerven. Die arbeitslose Mutter bewirtschaftet ihren einen Hektar großen Gemüsegarten und kämpft erbittert um den Lebensunterhalt. Der Vater ist Gastarbeiter im Ausland. Dem Kind mangelt es an Aufmerksamkeit. Der Pädagoge, die Eltern und der Schüler, sie alle sind hilflos, allein gelassen von Staat und Gesellschaft. Das ist der Grund für den Konflikt! So etwas soll nicht sein! Der Lehrer, die Schüler und die Eltern sollen sich als Menschen fühlen können. Deswegen muss man für sie, wie Väterchen Marx das einst formulierte, humane Lebensumstände schaffen. Darum soll es bei der heutigen Anhörung gehen.

Minus 634 Schulen in nur fünf Jahren

Liebe Kollegen! Schon der große Johann Amos Comenius sagte seinerzeit: „Wenn wir also wohlgeordnete und blühende Kirchen und Staaten und Hauswesen haben wollen, so lasst uns vor allem die Schulen ordnen und zur Blüte bringen, auf dass sie zu wahren und lebendigen Menschenwerkstätten werden, zu Pflanzschulen der Kirchen, Staaten und Hauswesen. So erst werden wir unser Ziel erreichen, auf andere Weise niemals.“

Was bei uns abläuft, das fällt unter „auf andere Weise“. In den Jahren der Unabhängigkeit haben wir mehr als zweitausend Schulen verloren, allein 634 in den letzten fünf Jahren. Gebaut wurden in denselben fünf Jahren lediglich 94 Schulen. Über eineinhalbtausend Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten usw.) sind baufällig.

Die Situation zum Jahresende ist angespannt wie noch nie. Zum 1. Oktober sind die Deckungsmittel von Steueramt, Zoll, Nationalbank u. a. bereits zu mehr als 90 Prozent ausgeschöpft. Aber es liegen noch ganze drei Monate vor uns! Das Parlament muss unverzüglich einen Nachtragshaushalt verabschieden, andernfalls steht das Bildungswesen ohne Finanzierung da.

Es ist zur fatalen Gewohnheit geworden, das Bildungswesen Jahr für Jahr in Höhe von ca. 30 Mrd. UAH (etwa 2,7 Mrd. Euro) unterzufinanzieren. Deswegen haben wir den gemeinsamen Willen, in unseren Entscheidungen festzuschreiben, dass im Jahr 2014 die Ausgaben für Bildung nicht weniger als acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen dürfen (derzeit etwas über sechs Prozent). Das Finanzministerium muss das Zustandekommen dieser Zahl – und wir reden von ca. 120 Mrd. UAH (knapp 11 Mrd. Euro) – unbedingt transparent machen und nicht einfach heimlich, still und leise irgendeine willkürliche Zahl festsetzen.

Nun zum eigentlichen Thema: Wie gut ist unserer Schulbildung, wie gut bereiten wir die Kinder auf den Ernst des Lebens vor, wie entwickeln wir ihre Kompetenzen? Zugegeben, das Bildungsministerium unternimmt bestimmte Schritte in dieser Richtung. Die Bildungsstandards werden geändert, es gibt Versuche, den Unterricht von Informatik und Fremdsprachen zu verbessern. Aber ein Qualitätssprung im ukrainischen Bildungswesen findet nicht statt. Die Verweise des Bildungsministeriums auf das Ranking der Ukraine im Human Development Index sind dabei wenig überzeugend. Denn zu Zeiten der Sowjetunion war dieses Ranking deutlich besser. Auch Russland und die meisten europäischen Länder schneiden deutlich besser ab als wir.

Ein gutes Standard-Lehrbuch für jede Klasse

Sorgen bereiten auch die Situation mit den Lehrbüchern und technischen Hilfsmitteln (die zu 80 Prozent nicht mehr einsatztauglich sind), das Fehlen entsprechender einheimischer Produzenten, der mangelnde Zugang der Schulen zum Internet, die sinkende Anspruchshaltung an das Bildungsniveau in vielen Lehrerkollegien, die Kommerzialisierung des Schulwesens, der unbefriedigende soziale Status der Lehrer und die Verschlechterung des Gesundheitszustands und die schlechte Ernährung der Kinder.

In erster Linie, ja geradezu brandeilig, benötigen wir unserer Meinung ein nationales Programm zu Bildungsinhalten, das ich persönlich „Jaroslaw der Weise“ nennen würde. Das Programm muss die Bemühungen der Gelehrten der Nationalen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der pädagogischen Wissenschaften, der Universitäten, des Bildungsministeriums, der Wirtschaft und der besten Lehrer und Wissenschaftler bündeln. Es ist offenkundig, dass allein das Institut für innovative Bildungstechnologien und –inhalte diese Aufgabe nicht aus eigener Kraft lösen kann.

Vielleicht benötigen wir für jedes Fach ein hochwertiges staatliches Standard-Lehrbuch mit einem Satz an methodischen Materialien, und im Übrigen kann es ja alternative Lehrbücher geben, wobei wünschenswert wäre, dass diese besser sind und nicht schlechter. Natürlich müssen solche Lehrbücher auch für spezialisierte Schulen mit vertieftem Unterricht bestimmter Fächer erarbeitet werden. Die Akademie der pädagogischen Wissenschaften und die pädagogischen Universitäten müssen sich umorientieren – weg von einem Berg an Dissertationen hin zu zeitgemäßen Unterrichtsinhalten, -formen und -methoden. Der gesamte Bildungsweg an den pädagogischen Universitäten muss von Grund auf neu strukturiert werden.

Ungute Qualitätsdifferenzen

Eine besorgniserregende Tendenz darf nicht unerwähnt bleiben – das Risiko eines Auseinanderdriftens der Qualität des an verschiedenen Schulen oder in verschiedenen Klassen vermittelten Wissens. Solche Unterschiede rufen negative Reaktionen bei den Eltern hervor. In vielen Bildungseinrichtungen ist der Anspruch gesunken, einige Pädagogen sitzen die Stunden einfach nur ab. Sie arbeiten nicht mit den Kindern, überprüfen nicht die Hausaufgaben, schauen nicht einmal in die Hefte der Kinder hinein. Es ist daher höchste Zeit, die unabhängigen externen Prüfungen auch schon nach der Grundschule einzuführen. Jedes Kollegium muss sich bei seiner Beurteilung an den Ergebnissen dieser Prüfungen messen lassen.

Der Paragraf 57[2] des Gesetzes „Über die Bildung“ muss unverzüglich reanimiert werden. Dieser Paragraf wurde 2002 eingeführt, in einem Jahr, das noch schwieriger war als das heurige. Im Jahr 2005 haben wir ihn erneuert und fast fünf Milliarden UAH (ca. 450 Mio. Euro) an Schulden an die Pädagogen ausbezahlt. Ich denke, es ist an der Zeit, das Gehaltssystem zu reformieren und ein einheitliches Tarifschema mit leistungsabhängiger Vergütung einzuführen. Der leistungsabhängige Gehaltsanteil muss dabei mindestens 30 Prozent betragen. Die Mittel dafür nimmt man zweckmäßigerweise aus den Wuchergewinnen der Oligarchen und auch aus dem Topf, der für die

Winterolympiade 2022 vorgesehen ist.

Die Stadträte und die Verwaltungen müssen sich den Schulen zuwenden, sie nicht allein als Instrumente des Verwaltungsapparats betrachten. Die Schulentwicklungsfonds müssen wiederbelebt werden. Ihnen sind mindestens fünf Prozent des Haushalts zuzuweisen, darüber hinaus Sponsorenmittel. Wir sollten auch die Idee der Einführung einer Bildungssteuer wieder aufnehmen. Die Abgeordneten in den Stadträten dürfen keinen Haushalt genehmen, der nicht mindestens zwei bis drei Lehrerwohnungen, Fachzeitschriften-Abonnements, Internet, Sport, Verpflegung der Kinder usw. enthält. Pädagogen und Eltern müssen sich ein prinzipielles Urteil über die Tätigkeit der einzelnen Abgeordneten und Fraktionen bilden.

Was nun die moralischen Aspekte des ukrainischen Bildungswesens anbelangt, so scheint mir, dass die Diskrepanz in den Bildungs- und Erziehungsprozessen negative Züge annimmt. Die amtierende Regierung möchte den Bildungsprozess politisieren, während in der Erziehungsarbeit der regionale Aspekt an Bedeutung gewinnt. Im Westen gilt die eine Wahrheit, im Osten eine andere. So geht das nicht! Wir benötigen ein allgemeines nationales Programm zur patriotischen Erziehung, das den gesamten Komplex aller didaktischen Mittel einbezieht.

Der Ehrentitel „Volkslehrer“

Nun zum Ansehen des Lehrerberufs. Ich bin der Meinung, dass die Pädagogen nicht nur materielle, sondern auch moralische Anreize verdient haben. Der Verein „Öffentlicher Rat der Bildungsschaffenden und Wissenschaftler der Ukraine“ ist gegen die Verringerung der Anzahl an Auszeichnungen für Leistungen im Bildungsbereich wie der Makarenko-, Rusowa-, Sacharenko-, Tkatschenko- oder Mohyla-Ehrenmedaillen. Die Bildungsschaffenden sind die größte Armee der Ukraine, und wir dürfen nicht zulassen, dass man unter dem Vorwand der Neuordnung der amtlichen Auszeichnungen alles zusammenstreicht und uns mit Holzfällern und Veterinären gleichsetzt. Außerdem werden diese Auszeichnungen in der Regel aus Sponsorenmitteln finanziert.

Und schließlich möchte ich noch das Thema der Transparenz und Gerechtigkeit bei der Verleihung des Ehrentitels „Volkslehrer“ und der staatlichen Prämien im Bildungsbereich ansprechen. Ich war einer der Initiatoren der Einführung dieser Auszeichnungen. Der Plan war, dass alles offen und publik ablaufen und die ganze Ukraine ihre besten Lehrer kennenlernen sollte. Das muss von unten ausgehen, von den Schulen, Kindergärten und Hochschulen, in geheimer Abstimmung der Pädagogen und der Öffentlichkeit. Die Medien müssen breit über das Auswahlverfahren berichten. Die Verleihung der Prämien muss öffentlich erfolgen, und zwar am Tag des Lehrers[3] und in dem besten Saal, den der Staat dafür bieten kann. Ich habe im Übrigen nichts gegen die derzeitigen Laureaten der staatlichen Prämien, aber ich bin mir nicht sicher, ob sie in der Bevölkerung oder auch nur in Bildungskreisen weithin bekannt sind. Und ob es wohl Zufall ist, dass sich unter den Laureaten nicht ein Lehrer oder Schulleiter findet?

Ich unterstütze die Empfehlungen der Parlamentsanhörung und rufe dazu auf, sie zu einem Wegweiser für die nächsten Jahre zu machen.

25. Oktober 2013 // **Stanislaw Nikolaenko**, ehemaliger Minister für Bildung und Wissenschaft der Ukraine

Quelle: **Lb.ua**

[1] „Oberster Rat“, das ukrainische Parlament

[2] Staatliche Garantien für Bildungsschaffende, insbes. Gehalt

[3] Im posstsowjetischen Raum ist dies der 1. September, der traditionell mit einer Eröffnungszeremonie zum Schuljahresbeginn und persönlichen Glückwünschen für alle Bildungsschaffenden begangen wird

Übersetzer: Tobias Ernst — Wörter: 1772

Diplom-Physiker, Fachübersetzer für IT, Wissenschaft und Technik (BDÜ), Ehrenvorstand des Trägervereins der Deutschen Schule Kiew

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.